



Ausschuss für Schule und Bildung

21. Sitzung (öffentlich)

26. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:32 Uhr bis 12:58 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

11

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, die bisherigen Tagesordnungspunkte 6 „Hoch- und Höchstbegabten individuelle Beschulung ermöglichen“ und 11 „Vorausberechnung zum Lehrkräftearbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen – Einstellungschancen für Lehrkräfte bis zum Schuljahr 2044/2045“ heute nicht und den bisherigen Tagesordnungspunkt 17 „Konsequenzen aus dem IQB-Bildungstrend – Erste Maßnahmen an Grundschulen“ nach dem bisherigen Tagesordnungspunkt 12 „Unterrichtsgenehmigungen für nicht voll ausgebildete Lehrkräfte an Waldorfförderschulen in NRW in Verbindung mit Aktueller Sachstand Unterrichtsgenehmigungen für nicht voll ausgebildete Lehrkräfte an Waldorfförderschulen in NRW“ zu beraten.

1 Chancengleichheit jetzt! Das Erfolgsmodell der Familiengrundschulzentren schnell und flächendeckend in NRW etablieren! **12**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3306

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage 1*)

– Wortbeiträge

2 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]) **26**

in Verbindung mit:

Verschiebung der Abitur-Klausuren (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1124

in Verbindung mit:

IT-Lage QUA-LiS (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Gemeinsam den „New Deal“ auf den Weg bringen und ein unabhängiges Gutachten zur Bildungsfinanzierung in Nordrhein-Westfalen beauftragen **35**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/975

Ausschussprotokoll 18/144 (*Anhörung am 24.01.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

4 Schuleingangsuntersuchungen vor der Einschulung müssen wieder zur Regel werden 37

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1366

Ausschussprotokoll 18/130 (Neudruck) (*Anhörung am 18.01.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

5 Deutsche Sprachförderung – frühzeitig und ganzheitlich! Lese- und Sprachkompetenz im vorschulischen Bereich und in der Primarstufe langfristig sichern 39

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3311

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

6 Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/2277

Vorlage 18/667

Ausschussprotokoll 18/208 (*Anhörung am 23.03.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

7 Hoch- und Höchstbegabten individuelle Beschulung ermöglichen 43

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1867

Ausschussprotokoll 18/202

– abschließende Beratung und Abstimmung

– wird nicht behandelt

8 Mehr männliche Lehrer an Grundschulen! 44

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3646

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren unter den Obleuten zu klären.

9 Mehr Chancengleichheit im Studium! Die Landesregierung muss einen Masterplan für den Übergang von der Schule an die Hochschule vorlegen! 45

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3667

– Wortbeitrag

- 10 Sachstand Umgang mit Lese-Rechtschreibstörungen und Dyskalkulie im Schulalltag** **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/568
- Ausschussprotokoll 18/156 (*Anhörung am 15.03.2023*)
- abschließende Beratung
- Wortbeiträge
- 11 Wissenschaftliches Gutachten zu LOGINEO/Vorstellung durch das Fraunhofer-Institut FOKUS** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung; Präsentation Fraunhofer FOKUS s. Anlage 3*) **47**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 12 Vorausberechnung zum Lehrkräftearbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen – Einstellungschancen für Lehrkräfte bis zum Schuljahr 2044/2045** **52**
- wird nicht behandelt
- 13 Unterrichtsgenehmigungen für nicht voll ausgebildete Lehrkräfte an Waldorfförderschulen in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **53**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1159
- in Verbindung mit:
- Aktueller Sachstand Unterrichtsgenehmigungen für nicht voll ausgebildete Lehrkräfte an Waldorfförderschulen in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/959
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 14 Ankommen und Aufholen nach Corona** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 46]*) **56**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/995
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 15 Konsequenzen aus dem IQB-Bildungstrend – Erste Maßnahmen an Grundschulen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **57**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 16 Ausschreibung von Funktionsstellen an Grund- und Hauptschulen bei der Bezirksregierung Köln** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 7]*) **60**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/975
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 17 Pilotprojekt „Online-Schule“ der Bezirksregierung Arnsberg** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8]*) **61**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/978
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

18 Attraktivierung des Seiteneinstiegs (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **62**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/950

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

19 Leistungsprämien bzw. Leistungszulagen für Lehrer als Anreizsystem (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **63**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1133

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

20 Ausgebildete Lehrkräfte außerhalb des Schuldienstes – Sachstand und Chancen des Wiedereinstiegs (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 11]*) **64**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1135

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

21 Bericht über die Ergebnisse der 381. Kultusministerkonferenz (KMK) (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 12]*) **65**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1131 (Neudruck)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

22 KMK-Datenpanne – Teilzeit-Zahlen für NRW *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 13])* **66**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1129

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

23 COPSOQ I+COPSOQ II – alarmierende Ergebnisse bei der Erhebung der psychosozialen Belastungszustände der Lehrkräfte in NRW. Was tut die Landesregierung, um endlich wirksame Maßnahmen gegen die psychosoziale Überbelastung der Lehrkräfte einzuleiten? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 14])* **67**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1132

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

24 Schaffung von Ausbildungsplätzen für Sozial- und Erziehungsberufe *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 15])* **68**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1158

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

25 Streit um Zwangsversetzung von Schulleiterin der Grundschule Herten-Mitte *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 16])* **69**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

26 Aktueller Sachstand Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 17]*) **70**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

27 Kompetenzzentren für digitalen und digital gestützten Unterricht in Schule und Weiterbildung (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 18]*) **71**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

28 Verschiedenes **72**

* * *

6 **Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/2277

Vorlage 18/667

Ausschussprotokoll 18/208 (*Anhörung am 23.03.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde am 27.01.2023 nach der 1. Lesung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Innenausschuss sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.)

Franziska Müller-Rech (FDP) kündigt an, auch nach wie vor bestehende Ungerechtigkeiten wie die Beförderungsstellen und Funktionsstellen insbesondere für die Fachleitungen in den Grund- und Förderschulen sowie in der Sekundarstufe I anzugehen.

Jochen Ott (SPD) zeigt sich überrascht, dass der Gesetzentwurf heute abgestimmt und nicht geschoben werde. Er schließt sich Franziska Müller-Rech an und erinnert an die intensive parlamentarische Befassung mit dem Thema auch in Anhörungen. Nun gelte es, die Folgen für das rechtliche System abzuschätzen. Insbesondere mit Blick auf den Personalmangel bei Führungspositionen und Ausbildung gehe der Gesetzentwurf nicht weit genug, weshalb er Änderungsanträge im federführenden Ausschuss ankündigt.

Vorsitzender Florian Braun empfiehlt dem Ausschuss, heute ein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE) pflichtet Franziska Müller-Rech bei, der Gesetzentwurf löse nicht alle Probleme, was die Koalition auch nie behauptet habe. Selbstverständlich müsse man im Weiteren auch andere Punkte angehen wie etwa bei den Fachlehrkräften. Gleichwohl könne man über einen Meilenstein sprechen, der Ungerechtigkeiten beseitige.

Carlo Clemens (AfD) hält die erhöhte Besoldung aufgrund des gestiegenen Anforderungsprofils von Grundschullehrkräften für angemessen. Unter ihnen gebe es zudem einen großen Personalmangel, eine hohe Teilzeitquote, viele Lehrkräfte verließen den Beruf, und Menschen im Referendariat brächen ab. Im internationalen Vergleich liege das Anfangsgehalt für absolvierte Lehramtsstudierende nach einer OECD-Vergleichsstudie

relativ hoch. Nach dem Deutschen Schulbarometer wünschten sich die Lehrkräfte nicht zuerst eine bessere Bezahlung, sondern eine geringere Arbeitsbelastung, die sich im internationalen Vergleich als überdurchschnittlich erweise. Folgeprobleme bei der Besoldungsstruktur müssten noch behoben werden.

Claudia Schlottmann (CDU) verweist auf die Stellungnahme des VBE, der den Gesetzentwurf als bedeutenden Schritt bezeichne, wenn auch weitere Stolpersteine schnellstmöglich beseitigt werden müssten, um die Schulen schnell personell zukunftsfest aufzustellen. Sie ergänzt, dies sehe auch der Koalitionsvertrag so vor. Die Koalition halte Wort und drücke sehr deutlich ihre Wertschätzung der Lehrkräfte aus.

Jochen Ott (SPD) hält Claudia Schlottmann entgegen, der VBE äußere auch Kritik. Nach wie vor müssten Probleme in Bezug auf unterschiedliche Laufbahnen und die Schulleitungen angegangen werden. Mit Blick auf einen Rechtsanspruch auf Ganztagsnähe nähmen die Herausforderungen für die Schulleitungen und Fachleitungen zu. NRW versäume erneut ein Jahr, um die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Vor vielen Jahren hätten alle Fraktionen das Lehrerausbildungsgesetz angepasst. Als die Grünen im Gegensatz zur SPD 2017 die schrittweise Anpassung verlangt hätten, habe die CDU dies zurückgewiesen und eine umfassende Regelung angekündigt, die auch sechs Jahre später allerdings noch ausstehe. Die SPD-Fraktion begrüße, dass es überhaupt vorangehe, werde aber mit konkreten Änderungsanträgen zur Verbesserung beitragen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.